

»Macht kaputt, was Euch kaputt macht«

Eine Absage an den Pazifismus

In der Winterschule 2015/2016 haben wir uns intensiv in unterschiedlichsten Workshops mit dem Thema Gewalt auseinandergesetzt. Bei der Diskussion über Gewalt kommen häufig Fragen auf, wie zum Beispiel die, ob Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung gerechtfertigt ist. Was mich daran interessiert ist weniger die Frage, ob Gewaltanwendung Spaß macht oder street credibility bringt, sondern in welchen Situationen welche Aktion im Hinblick auf das zu erreichende Ziel sinnvoll oder sinnlos sein könnte.

Gewaltsamer Alltag

Wir leben in einem Staat, der gewalttätig eingerichtet ist. Wenn man nicht arbeiten gehen will, woran ich nichts Verwerfliches erkennen kann, da es in dieser Gesellschaft nicht um die Bedürfnisse und Interessen, sondern um die effektive Verwertbarkeit der Menschen

EDITORIAL

Macht kaputt, was euch kaputt macht!

Als linke und politische Menschen haben sich manche von uns bestimmt schon in der Lage gefunden, Stellung zu linken Gewalttaten nehmen zu müssen und erklären zu müssen, ob linke und rechte Gewalt das gleiche sind. Frei nach Marc-Uwe Klings Känguru: „die einen zünden Ausländer an, die anderen Autos. Und Autos sind schlimmer, denn es hätte meines sein können. Ausländer besitze ich keine.“

Und doch ist das Thema Gewalt noch vielschichtiger: Gewalt begleitet unser Leben von Anfang an. Seien es Chef*innen, die von uns maximalen Gehorsam am Arbeitsplatz fordern, seien es Noten, die uns in der Schule in Schablonen packen oder sei es einfach nur der kapitalistische Normalzustand, der uns immer wieder unerfüllt träumen lässt - diese Welt ist gewaltförmig. Aber was sind legitime Gegenstrategien? Darf Gewalt mit Gegengewalt bekämpft werden? Und welchen Sinn haben brennende Mülltonnen und Mollis in Zeiten von Nuklearwaffen?

In dieser aj haben wir versucht, uns diesem Thema mal zu nähern. Dafür sind viele Texte aus der Winterschule im SBZ entstanden. Viel Spaß beim Lesen, Kämpfen oder friedlich Widerstand leisten..

Freundschaft! Eure Redaktion



RicHard-59 CC BY-SA 3.0

geht, oder wenn man auch einfach nicht arbeiten kann, hat man beispielsweise kein Geld um seine Bedürfnisse befriedigen zu können. Man muss dann, wenn man Hunger hat, an der Bäckerei, die ge-

nug zu essen hat, vorbei laufen. Nur weil man eben kein Geld hat, womit man zum Beispiel ein Brötchen hätte kaufen

→ Fortsetzung auf Seite 2

Gewalt als Mittel der Politik

Kann Gewalt die Gesellschaft verändern?

Um eines vorweg zu stellen: Ich bin kein Pazifist. Dennoch halte ich Gewalt für ein ungeeignetes Mittel der gesellschaftlichen Veränderung. Die Umstände, unter denen ich Gewalt befürworte, sind – abseits von Notwehr oder ähnlichem – selten und in unserer Gesellschaft nicht vorhanden. Wir leben in einer Gesellschaft, in der alle Beteiligten die Möglichkeit haben, sich Gehör zu verschaffen und Veränderungen zu bewirken. Nicht immer sind solche Bemühungen von Erfolg gekrönt, aber der Weg steht offen und wird nicht von vorneherein und absolut verweigert. Wenn Umstände eintreten, in denen diese Möglichkeiten nicht mehr bestünden, halte ich die Anwendung von Gewalt nicht für ausgeschlossen. Aber auch dann stellt sie keine dauerhafte Lösung dar.

Um ein praktisches Beispiel zu geben, werfe ich einen Blick in die jüngere Geschichte eines seit dem Mittelalter be-

stehenden und komplexen Konflikts. Dabei werde ich einiges auslassen und auch vereinfachen, aber es geht um eine grundsätzliche Frage und nicht um eine detaillierte Geschichtslektion.

Vor 18 Jahren wurde am Karfreitag in Belfast ein Abkommen unterzeichnet, das den Nordirlandkonflikt, die sogenannten Troubles, beendete. In diesem Konflikt standen sich die beiden großen Bevölkerungsteile Nordirlands gegenüber. Einerseits die katholisch-republikanischen Ir*innen, die einen die gesamte Insel umfassenden irischen Staat wünschen und Nationalist*innen genannt werden, und andererseits protestantisch-unionistische Nachkommen der Kolonist*innen aus dem 17. Jahrhundert, die im Vereinigten Königreich verbleiben wollen und Unionist*innen genannt werden. Darüber hinaus waren

→ Fortsetzung auf Seite 3

Gewalt

Im Zweifel geht alles mit Gewalt besser?!



Schwerpunkt

Gewalt als Mittel der Politik

3

Geflüchtete in Europa

Gespaltene Gesellschaft

4

Die Eröffnung der EZB

Die leidige Gewaltfrage

5

Die Novellierung des Sexualstrafrechts

... und die feministische Perspektive

6

Clara

Frauen*, Flucht und Feminismus

7

Aus dem Verband

Klassismus gegen Rechts!?

10

Aus dem Verband

Recht und Rausch

12

Culture Club

Das Tagebuch der Anne Frank

13

Aus dem Verband

Die Osterkonferenz der Thüringer Falken

14

Was war

Drogenpolitisches Seminar

15

Was kommt

IFM Camp 2016

16



Dfrg.msc, CC BY-SA 3.0

»Macht kaputt, was Euch kaputt macht«

Eine Absage an den Pazifismus

→ Fortsetzung von Seite 1

können. Denn die Aufgabe des Staates ist es, das Eigentum zu schützen und einen reibungslosen Ablauf zwischen denen zu gewährleisten, die ihre Produkte anbieten und denen, die diese konsumieren wollen. Zwar gibt es ein Sozialsystem, welches einspringt, wenn jemand zum Beispiel arbeitslos ist, aber es greift nur unter ganz bestimmten Bedingungen und ist nicht an den Bedürfnissen des Individuums ausgerichtet.

An diesem doch recht einfachen Beispiel kann man erkennen, dass es in diesem System nicht darauf ankommt, dass alle ein möglichst cooles Leben haben, sondern eben darum, dass ein Produkt möglichst viel Gewinn abwirft. Ist das nicht gegeben, wird man eben davon abgehalten, sich dieses Produkt anzueignen.

Natürlich könnte man sich das Brötchen auch einfach nehmen, aber was würde dann passieren? Klar, die Polizei würde kommen und man würde eine Strafe erhalten.

Das ist nicht nur der Fall, wenn du Hunger hast, sondern auch in allen anderen Bereichen des Lebens. Wenn man nicht genug verdient, um sich Sachen und Eigentum aneignen zu können, ist man aufgeschmissen und muss verzichten oder man wird bestraft.

Wenn man das alles nicht möchte, sondern eigentlich nur ein cooles Leben und die 70, 80 Jahre, die man hat, möglichst genießen, und das abseits von so manch anderer Scheiße wie bescheuertem und unnötigen Leistungsdruck und der stän-

digen Konkurrenz, in der man sich in Schule und Beruf befindet, dann kann man eigentlich nur zu dem Schluss kommen, dass dieser ganze Mist abgeschafft werden muss.

Gewaltsamer Widerstand

Da wir aber nun mal in diesem System leben, in dem alle zwangsweise mitmachen müssen – ob Unternehmer*innen oder Lohnarbeiter*innen – können wir uns entweder damit abfinden, oder wir organisieren uns und leisten Widerstand gegen diese Verhältnisse. Das ist nicht einfach und man wird mit viel Widerstand durch die Staatsgewalt rechnen müssen. Deswegen muss man kreativ sein und unterschiedlichste Aktionen durchführen, um den Staat anzugreifen und zu schwächen. Das geht nur, wenn das viele Menschen gerne wollen und auch tun. Durch Protest und Demonstrationen alleine wird man definitiv nicht die Verhältnisse in dieser Gesellschaft zum Wanken bringen. Wenn man was erreichen will und tatsächlich vorhat, eine solidarische Gesellschaft aufzubauen, dann muss man alle Mittel verwenden, die zum Ziel führen können. Da eine befreite, solidarische, auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtete Gesellschaft nicht im Interesse des kapitalistischen, auf maximalen Gewinn ausgerichteten Systems liegt, wird man damit rechnen müssen, Gewalt ausgesetzt zu sein, wenn tatsächlich eine reale Bedrohung für dieses System besteht. Ich glaube, diese Gewalt kann dann auch nur mit Gegengewalt beantwortet werden. Alles andere wäre dann ja ziemlich wirkungslos, denn sich mit einem Schild vor den Bundestag zu

stellen und Parolen zu rufen mag zwar chic aussehen, aber bringt am Ende relativ wenig.

Man ist also tagtäglich Gewalt ausgesetzt. Sei es in der Schule, wenn man eigentlich viel lieber verreisen will, im Beruf, wo Du Dich dem Chef unterzuordnen hast, und so weiter. Deshalb ist auch in allen diesen Situationen jeder Akt, der darauf zielt, die Position des*der Gegner*in zu schwächen (im oberen Beispiel die des*der Bäcker*in, die Dich ohne Essen nach Hause lässt) meiner Meinung nach legitim. Man sollte nur gucken, ob die Aktion, die Du dann durchführst, um zum Beispiel an Dein Essen zu kommen – wie Klauen – Dir letzten Endes mehr Vorteile als Nachteile bringt.

Erfolg oder Misserfolg

In manchen Fällen ist der Erfolg oder Misserfolg sehr konkret. Ein Mensch, der aus seiner Wohnung zwangsgeräumt werden soll, kann diese entweder durch staatliche Gewalt verlieren oder aufgrund solidarischer Militanz noch eine Weile behalten. Eine Abschiebung kann mit ausreichend vielen Menschen blockiert und verhindert werden, was die Lebensbedingungen der Betroffenen ganz konkret verbessert. Dies gilt generell bei allen Aktionen, die gegen die Interessen der Herrschenden gerichtet sind. Dass das in einem gewaltsam eingerichteten System nicht immer ohne Gegengewalt funktioniert, ist zwar wirklich schade, aber meiner Meinung nach wäre es noch schlimmer, das zu verleugnen und so zu tun, als wäre das nicht so. ★

Nadim Shukrallah, Kreisverband Köln

Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.

Karl Marx

Gewalt als Mittel der Politik

Kann Gewalt die Gesellschaft verändern?

→ Fortsetzung von Seite 1

auch das Vereinigte Königreich und mit Abstrichen die Republik Irland daran beteiligt. Trotz des Einsatzes massiver Gewalt von beiden Seiten, ist der Konflikt nicht geendet mit dem Sieg einer Seite über die anderen, sondern mit einer Kompromisslösung. Einer Kompromisslösung, die so ähnlich schon rund 25 Jahre zuvor auf dem Tisch lag. Es kehrte endlich so etwas wie Frieden in die nordirische Politik ein.

Begonnen hatten die »Troubles« nachdem die nordirische (katholisch-republikanische) Bürgerrechtsbewegung im Grunde genommen gescheitert war. Diese hatte versucht, im friedvollen Stil von Martin Luther King Jr. und Mahatma Gandhi die bestehenden Diskriminierungen der katholischen Bevölkerung mit passivem Widerstand zu beseitigen. Diese Diskriminierungen zeigten sich in vielen Bereichen der Gesellschaft Nordirlands und führten dazu, dass die Katholik*innen Bürger*innen zweiter Klasse waren, denen elementare Grundrechte verweigert wurden.

Die Weigerung Stormonts – so nennt man die nordirische Regierung nach dem Ort des Parlamentssitzes – auf diese Forderungen der katholischen Minderheit einzugehen, führte spätestens ab 1968 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Vielfach wird der »Battle of the Bogside« als Startpunkt der »Troubles« genannt. In der Stadt Derry wurde die Royal Ulster Constabulary (RUC) aus dem ausschließlich von Katholik*innen bewohnten Viertel Bogside verjagt. Für eine kurze Zeit wurde dieses sogar zu einer No-Go-Area für die Sicherheitskräfte. Es war ebenfalls die Stadt Derry, die Schauplatz der endgültigen Eskalation wurde. 1969 wurde die britische Armee nach Nordirland entsandt, um die Lage zu beruhigen. Zunächst wurde dies vor allem in den katho-

lischen Gemeinschaften begrüßt, weil so die Exzesse der RUC unterbunden wurden. 1972 waren es jedoch britische Fallschirmjäger, die auf friedlich demonstrierende Katholik*innen schossen und dabei 14 von ihnen töteten.

Nahezu alle staatliche Gewalt versuchte die berechtigten Interessen großer Teile der Bevölkerung zu unterdrücken. Dabei wurden nicht nur rechtsstaatliche Prinzipien gebrochen, es wurde über Leichen gegangen. In dieser Situation habe ich Verständnis für die Reaktion auf katholischer Seite. Die (P)IRA und andere terroristische Gruppen entstanden. Diese reagierten mit Autobomben, Attentaten und anderen Gewaltakten, sowohl gegen Sachen als auch gegen Menschen. Die gleichartige Gegenreaktion unionistischer Paramilitärs – nicht selten mit Unterstützung aus dem nordirischen Sicherheitsapparat – ließen allerdings nicht lange auf sich warten.

Und das ist gleichzeitig das Dilemma von Gewalt. Die IRA und anderen irisch-nationalistische Gruppen sind bei insgesamt 3.500 Toten in diesem Konflikt für 2.000 verantwortlich. Darunter Mitglieder des britischen Königshauses und der britischen Regierung. Unionistische Paramilitärs brachten Katholik*innen um, weil sie Katholik*innen waren, Protestant*innen wurden von Mitgliedern republikanischer Gruppen umgebracht, weil sie Protestant*innen waren. Trotz Bemühungen, »militärische« (ein Pub, in das auch Soldaten gingen, galt allerdings schon als militärisch) Ziele zu treffen, kamen viele Unbeteiligte ums Leben. Von den 3.500 Toten waren mehr als die Hälfte unbeteiligte Zivilist*innen, es gab 50.000 Verletzte und Sachschäden in Millionenhöhe, aber keine Seite konnte gewinnen oder verlieren. Es konnte nur mehr Tote geben. Die IRA hatte mit großer Unterstützung aus der eigenen Community und mit dem Einsatz sämt-

licher zur Verfügung stehender Mittel nicht mehr erreicht als ein Patt.

Die Lösung war das bereits genannte Good Friday Agreement, das – grob vereinfacht – die rechtliche Gleichstellung der Katholik*innen und deren Beteiligung an der Regierung in Stormont ermöglichte. Ein Kompromiss, denn weder gibt es einen ganz Irland umfassenden irischen Staat, noch sind die Protestant*innen die unangefochtenen Herrscher*innen in Nordirland geblieben. Dieser Kompromiss war dem gescheiterten Sunningdale Agreement von 1974 ähnlich und zeigt, dass die gewaltsame Eskalation des Konflikts keine Vorteile für die eine oder andere Seite hervorbrachte. Was erreicht wurde, war bereits vor Jahren vereinbart worden.

In der gegenwärtigen politischen Lage sehe ich weder für uns Falken, noch für andere in Europa die Notwendigkeit, zum Mittel der Gewalt zu greifen, damit es politische Veränderungen gibt. Die demokratischen Institutionen in diesem Staat mögen nicht perfekt sein, aber sie funktionieren. Und um Veränderungen daran herbeizuführen, ist Gewalt nicht geeignet und nicht notwendig. Wir sind keine revolutionäre Kampforganisation, sondern ein sozialistischer Erziehungsverband. Und unser Fokus sollte darauf liegen, Kindern und Jugendlichen das Handwerkszeug an die Hand zu geben, um ihre Interessen durchzusetzen und sich zu organisieren. Das heißt auch, sich mit den Machtverhältnissen auseinanderzusetzen, diese zu verstehen und mit den geeigneten Mitteln zu verändern. Leicht ist das nie, aber daraus entsteht etwas Dauerhaftes. Allein auf Gewalt basierende Erfolge, mit dem Sieg der einen über die andere Seite gibt es nicht. Es braucht auch immer ein Einverständnis des Gegenübers, sonst baut man eine Ordnung auf Sand. ★

Max Lüneburg, OV Münster

Was man mit Gewalt gewinnt, kann man nur mit Gewalt behalten.

Mahatma Gandhi



Geflüchtete in Europa

Gespaltene Gesellschaften

Im vergangenen Jahr wurden vier Mal so viele Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und deren Bewohner*innen verübt wie im Vorjahr. Brandanschläge, rassistische Schriftzüge und physische Angriffe wurden täglich in der Zeitung aufgezeichnet. Verfassungsschutzpräsident Maaßen sprach deswegen schon im November von einem Angriff auf die demokratische Kultur in Deutschland. Die hohe Anzahl an Flüchtlingen macht nicht nur den deutschen Behörden zu schaffen, sondern ist Teil einer europaweiten Problematik. So wurde in Ungarn die Grenze zu Kroatien kurzfristig geschlossen. Dort wurden auch mehrere Menschen wegen 71 Todesopfern, die in einem Lkw am Rand der österreichischen Autobahn bei Parndorf aufgefunden wurden, verhaftet.

Allerdings gibt es nicht nur östlich der deutschen Grenze massenhaft Probleme mit Asylfeind*innen. Schaut man in die Niederlande, ein Land, das seit Jahr und Tag für seine angebliche Toleranz wirbt, erkennt man viele ähnliche Vorfälle. Bei einem Vergleich sollten allerdings drei wichtige Unterschiede unbedingt beachtet werden.

Wirft man einen Stein, so ist das eine strafbare Handlung. Werden tausend Steine geworfen, ist das eine politische Aktion.

Ulrike Meinhof

Drei Unterschiede zwischen Deutschland und den Niederlanden

Erstens nehmen die Niederlande (sowohl relativ als absolut) in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise viel weniger Flüchtlinge auf. Zweitens gibt es nicht ansatzweise so große Demonstrationen für oder gegen geplante Asylbewerber*innenheime, Migration oder eine angebliche Islamisierung des Abendlandes. Zuletzt gibt es allerdings eine größere Partei in den Niederlanden, die die Bürger*innen aktiv verunsichert und eine flüchtlingsfeind-

liche Angstkultur mitgestaltet. Der Erfolg dieser Partei, die von Geert Wilders geleitet wird, hat verschiedene andere Parteien auch schlagartig ein Stück nach rechts versetzt: Damit hat sich die Debatte zum Thema Flüchtlinge deutlich verhärtet. Allerdings hat sich, möglicherweise auch aufgrund der medialen Berichterstattung über die Vorfälle an Silvester in Köln, auch in Deutschland die Stimmung unter den Wähler*innen verändert. Die AfD konnte bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt erschreckend gute Ergebnisse erzielen.

Die Anzahl der Flüchtlinge, die in die Niederlande gekommen sind (2015 waren es ungefähr 58.000), ist relativ klein im Vergleich zu Deutschland, wo eine Bevölkerung, die fünf Mal größer ist, fast 20 Mal so viele Flüchtlinge aufnahm. Dafür sind die Proteste dagegen in Deutschland auf der Straße aber größer und finden häufiger statt.

Die Bürger*innen in den Niederlanden sind nicht weniger enttäuscht von der Politik, noch denken sie ausgesprochen positiver über Flüchtlinge. Der große Unterschied liegt darin, dass der Weg ins Parlament für »One-Issue-« oder ansatzweise populistische Parteien viel unkomplizierter ist, da es weder eine Fünf-Prozent-Hürde noch ein Verfassungsgericht gibt. Ein Sprung, der nun allerdings auch in Deutschland gemacht werden konnte.

Spaltung der Gesellschaft

Obwohl die Aktionen der Wutbürger*innen in den Medien viel präsenter sind, gibt es auch viele lokale und regionale Bürger*inneninitiativen, die Kleider oder finanzielle Mittel für die Flüchtlinge sammeln. In Umfragen stimmt eine übergroße Mehrheit dem weiteren Zustrom von Menschen aus Krisengebieten wie Syrien und Eritrea zu. Schaut man sich allerdings die politischen Umfragen an, so ist deutlich eine Spaltung in der Bevölkerung zu erkennen. Welche Maßnahmen eine weitere Spaltung der deutschen und niederländischen Gesellschaft effektiv verhindern könnte, steht dabei allerdings noch im Raum. Als Sozialdemokrat ist mir allerdings klar: Gewalt und Fremdenhass sollten jederzeit verhindert werden. Nur Solidarität mit Flüchtlingen, Aufklärung der Wutbürger*innen und eine tolerante politische Schiene in der nationalen und europäischen Politik führt uns aus der Dunkelheit zum Licht. ★

Nicht nicht Gewalt

Du hast kein zu Hause, jede Nacht ist Dir kalt?!
Du lebst auf der Straße, nennst Du das Gewalt?
physische Schmerzen, denkst Du, das sei die einzige Folge?
Die Dir hinzugefügt werden durch einen Menschen und sein Gefolge?

Doch es beraubt Dich Deiner Rechte,
grenzt Dich aus und macht Dich klein
Viele Menschen sehen an Dir keine guten Seiten, nur schlechte
Das kann doch nicht nicht Gewalt sein

Die Gesellschaft grenzt Dich aus, weil Du anders bist
und nicht dieses »normal«, wie es durch die Gesellschaft vorgegeben ist?
Du wirst in eine Rolle hineingezwängt, die Du Dir nicht ausgewählt hast
Nennst Du das nicht auch Gewalt oder nur halb, oder fast?

Vielleicht hast Du dir darüber bloß noch keine Gedanken gemacht,
doch ist es nicht auch gegen Deinen Willen, gegen Dein Recht?!
Es geschieht durch die Gesellschaft, doch die unterschätzt ihre Macht
Jeder kämpft für sich, doch so wird es nie gerecht

Es gibt verschiedene Formen von Gewalt, psychisch, physisch, strukturell
Gewalt durch die Gesellschaft, das System und seine Struktur
eins kann ich sagen, generell:
Gewalt: Schlagen ist das nicht nur!

Charlotte Bremer, UB Bochum



Flüchtlingscamp in Hannover

Die Eröffnung der EZB

Die leidige Gewaltfrage

Es ist schon etwas her, aber es lohnt sich, die Ereignisse rund um die Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) 2015 noch einmal zu rekapitulieren: Idealtypisch kann man hier sehen, wie die Gewaltfrage offiziell diskutiert wird – und welchen Fehler die Linke dabei macht. Es war abzusehen für alle Beteiligten, als vor einem Jahr die Europäische Zentralbank in Frankfurt eröffnet wurde: »Wir haben von vornherein gesagt, dass es gewalttätig werden wird«, sagte ein Sprecher der Frankfurter Polizei am Morgen. Im Vorfeld der Proteste und während sie laufen schüren die Presse und der Staat die Ängste vor einer »Gewalt, wie wir sie seit Jahrzehnten in Frankfurt nicht mehr hatten« und schützen durch diese Fokussierung der Aufmerksamkeit die Frankfurter*innen vor der Versuchung, sich mit der Kritik der Demonstrant*innen an der Politik der EZB zu befassen.

Die öffentliche Debatte: Gewaltverzicht als A und O

Statt als Adressat*innen des Anliegens der Demonstrant*innen sollten die Bürger*innen sich als Betroffene von deren »Randalen« begreifen – »Für wie dumm aber halten solche Blockupy-Aktivisten die Frankfurter?« – und in ihrem Namen fordern die Medien die staatlichen Exekutivorgane nachdrücklich auf, ihr Gewaltpotential als Schutzmacht aller Rechtschaffenen in Stellung zu bringen, falls die Demonstrant*innen nicht kuschen – und die Bürger*innen nehmen dankend an: »Heute ist ein guter Tag, um unseren Beamten zu danken« kursiert damals als viel geteilte Facebook-Meldung. So machen die Organe der Öffentlichkeit die »Gewaltfrage« zum großen Thema und Prüfstein, an dem sich die Demonstrant*innen zu bewähren haben – Demonstrant*innen, die gerade diese Öffentlichkeit für ihre politischen Einsprüche gewinnen wollen.

Die linke Reaktion: Wir demonstrieren, wie wir wollen!

Die Kampffront aus Medien und Politik war wild entschlossen, die Demonstrant*innen nur daran zu messen, ob und inwiefern sie sich an das Demonstrationsrecht halten – was von diesen geradezu als Nötigung empfunden wurde: Als eine solche nämlich, sich diesem Bravheitsgebot der demokratischen Obrigkeit nicht unterzuordnen und gegen die Demoaufgaben zu verstoßen. Teils noch, um im Sinne der politischen Sache, in der man unterwegs ist, eine Provokation zu setzen, damit von der überhaupt noch was wahrgenommen wird; öfters allerdings in falscher Umdrehung der Abstraktion, zu der man von oben

gezwungen wird: Wenn schon Staatsgewalt und Öffentlichkeit in trauer Einigkeit die Bereitschaft zur Unterwerfung unter die Rechtsordnung und ihr Gewaltmonopol zur Sache der Demonstration machen, dann ziehen Demonstrant*innen sich diesen Schuh an und drehen die Sache um – die Selbstbehauptung gegen die Gewalt des Staates wird zum Kampfziel, das von der politischen Kritik, von der man ausgegangen ist, dann auch nicht mehr viel übrig lässt. Das weiß und damit rechnet die demokratische Ordnungsgewalt – weswegen sie die radikalste Variante dieser Sumpfbülte demokratischer Demonstrationskultur, die sie gerne als »schwarzen Block« zusammenfasst, dem politischen Anliegen der Finanzkapitalkritiker*innen zur Last legen: Gegen das Anliegen spricht ja wohl von vornherein, wenn sich die üblichen Verdächtigen dahinter versammeln.

Und so: Über die Gewalt(frage)

So bestimmt die Gewaltfrage den Verlauf der ganzen Veranstaltung, auf Seiten der Demonstrant*innen nicht weniger als auf Seiten der Presse. Die Gegner*innen der EZB verschwenden nur selten ihre Zeit mit der theoretischen Durchdringung des Kapitalismus und der Agitation der »Spießler*innen«, die sich von ihrer »Randale« nur abgeschreckt zeigen. Diese sind lieber »praktisch« und machen »wirklich was gegen den Staat« und zünden Mülltonnen oder Reifen an und klauen schon mal ein Polizeiauto – was sich dann später als Ente herausgestellt hat, aber am Ende so oder so keinen mehr interessiert, weil es ins Bild so gut gepasst hat. Umgekehrt irrt sich der DGB in Persona Harald Fiedler, wenn er die Autonomen ermahnt: »Das ist doch verrückt. Wir wollen heute Argumente herüberbringen und Kritik an der falschen Sparpolitik in den südeuropäischen Krisenländern. Nun gibt es wieder Schlagzeilen über Gewalt und Straßenschlachten und die Argumente gehen unter« – das klingt ganz so, als ob der Verzicht auf Gewalt der Prüfstein für die argumentative Auseinandersetzung wäre und nicht die Bereitschaft, seine eigene Kritik auf die Belanglosigkeit einer Meinung herunter zu dampfen und jenseits der eigenen Standpunkte zuverderst das Gewaltmonopol des Staates anzuerkennen und damit die eigene Machtlosigkeit selbstbewusst als »Verzicht auf Gewalt« vor sich herzutragen.

Die Kritik soll sich verpflichten: Auf die Folgenlosigkeit

Der Protest hat sich zu legitimieren, indem er sich darauf festlegt, nur noch auf polizeifällige Art aufzutreten.



Demonstrant*innen in Frankfurt am Main

Fraktion Die Linke im Bundestag, cc-by-2.0

Die »Verhandlungen« zwischen anmeldenden Veranstalter*innen und genehmigenden Ordnungsbehörden haben demgemäß nichts Geringeres als die komplette Umwidmung des Demonstrationszwecks zum Gegenstand; die Demonstrant*innen können und sollen sich am Schutz ihrer Demonstrationsfreiheit beteiligen, indem sie von ihrem Protestanliegen nichts mehr übrig lassen. Mit der allergrößten Selbstverständlichkeit wird den Protestierenden aberlangt zu vermeiden, was deren Absicht ist: eine Störung der öffentlichen Ordnung, mit der sie der Kritik an der Verarmungspolitik der Troika, der EZB und vielem anderen öffentliche Beachtung verschaffen wollen.

Sie sollen diesen polizeilichen Standpunkt gegenüber den Teilnehmer*innen selbst einnehmen und ihre eigenen Reihen von den Elementen säubern, die sich zu einer solchen Unterordnung unter die Staatsgewalt nicht bereifinden – und damit nicht nur der Staatsgewalt das Geschäft der Scheidung zwischen »friedlichen« und »gewalttätigen« Teilnehmer*innen abnehmen, sondern den Erfolg von deren Kontrolle über die Demo sicherstellen: »Entscheidend für die Glaubhaftigkeit von Blockupy aber wird sein, wie es gelingt, Gewalt aus den eigenen Reihen zu unterbinden. Die Bewegung kann es sich daher auch schon im Vorfeld nicht leisten, so zu tun, als ginge sie das nichts an. Wenn ihr tatsächlich allein daran gelegen ist, Botschaften mit einer machtvollen Demonstration auszusenden, muss sie sich auch dafür verantwortlich fühlen, dass nicht vor allem Prügelszenen im Gedächtnis bleiben.«

Ein Ausblick

Wer sich nicht mit Räuber-und-Gendarm-Spielen zufrieden geben will, muss sich eingestehen, dass brennende Polizeiautos keine Gefahr für das Privateigentum darstellen. Wer »praktisch« werden will würde gut daran tun, sich die Frage zu stellen, gegen was er*sie eigentlich praktisch vorgehen will. ★

Peter Schadt, Landesverband Baden Württemberg

Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.

Karl Marx

Mehr wissen

Die Eröffnung der Europäischen Zentralbank 2015 in Frankfurt wurde von vielen Demonstrant*innen genutzt, um gegen die Politik vor allem Deutschlands gegenüber Griechenland zu demonstrieren. Andere wichtige Themen waren die Finanzpolitik sowie die Artikulation allgemeiner antikapitalistischer Protestgründe

Die Novellierung des Sexualstrafrechts

Was aus feministischer Falkenperspektive zu sagen wäre

In der Vergangenheit stand eher der Schutz der öffentlichen Sittlichkeit im Vordergrund. Damit richtete es sich aber im Wesentlichen gegen Frauen und homosexuelle Menschen. Aktuell geht das Sexualstrafrecht eigentlich vom Grundsatz der sexuellen Selbstbestimmung aus. Tatsächlich stehen die aktuellen einzelnen Paragraphen aber im Widerspruch zu dem Anspruch der sexuellen Selbstbestimmung. Dieses Sexualstrafrecht soll nun verändert werden.

Warum steht gerade zu diesem Zeitpunkt eine Novellierung an?

Der Referent*innenentwurf¹ zur Änderung der Paragraphen zur sexuellen Selbstbestimmung lag schon lange in der Schublade des Justizministeriums beziehungsweise zur Prüfung im Bundeskanzlerinnenamt und in der Ressortabstimmung². Nach den Vorfällen in Köln in der Silvesternacht gab es neben den vielen lauten Stimmen, die eine Verschärfung des Asylrechts und eine Vereinfachung der Abschiebung gefordert haben, auch einige wenige Stimmen, die sich für eine Veränderung des Sexualstrafrechts eingesetzt haben. Viele der Grenzüberschreitungen, die in der Silvesternacht passiert sind, sind nämlich schlichtweg nicht strafbar und werden auch nach der Gesetzesänderung nicht strafbar sein. Aus diesem Grund und um die Istanbul-Konvention³ nach Ansicht von Heiko Maas umzusetzen, wurde der Referent*innenentwurf dem Bundeskabinett und anschließend dem Bundestag vorgelegt.

Was genau soll eigentlich geändert werden?

Wer eine andere Person sexuell missbraucht, die »aufgrund der überraschenden Begehung der Tat zum Widerstand unfähig ist«, soll mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft werden, heißt es im Entwurf. Darüber hinaus sollen auch solche Fälle strafbar werden, in denen das Opfer sich nicht wehrt, weil es mit negativen Konsequenzen zu rechnen hat. Der Entwurf, der dem Bundestag nun vorliegt, ist nach wie vor ein täter*innenfreundliches Gesetz, das es den Betroffenen nicht erleichtert, Strafanzeige zu stellen. Aufgrund der Tatsache, dass zum einen vieles von dem, was als eine sexuelle Grenzüberschreitung empfunden wird, strafrechtlich nicht relevant ist und zum anderen der Straf-

tatbestand der Vergewaltigung in vielen Fällen nicht greift – ein Nein ist hier nicht ausreichend –, kommt es tatsächlich auch zu weniger Verurteilungen.

Übergriffe finden meistens im nahen Umfeld, wie Familie, Schule oder Jugendgruppe statt, der*die häufigste Täter*in ist der*die Beziehungspartner*in. In den meisten Fällen baut der*die Täter*in ein Vertrauensverhältnis zu den Opfern auf, das heißt, sie kennen sich. Die Tat ist geplant und passiert nicht im Affekt, insofern muss hier der Grundsatz »Nein heißt Nein« gelten, da von einer Überumpelung des Opfers in den seltensten Fällen auszugehen ist.

Ein tief in die Gesellschaft verankertes patriarchales Denksystem ist eine der Ursachen für sexuelle Gewalt. Frauen werden als untergeordnetes Geschlecht begriffen, was Abwertung, Benachteiligung und Ausbeutung rechtfertigt. Die sexuelle Unterordnung von Frauen ist kein Phänomen der Neuzeit und wurde zur Machtabsicherung von Männern benutzt. Gewalt spielte dabei eine zentrale Rolle.

Seitdem hat sich natürlich vieles und vor allem auch in rechtlicher Hinsicht zum Positiven verändert. So ist Vergewaltigung heute ein Straftatbestand, auch wenn noch vieles im Sexualstraf- aber vor allen Dingen im Prozessrecht im Argen liegt. Dennoch wird der weibliche Körper an vielen Stellen, so beispielsweise in der Werbung, als verfügbares Objekt gesehen. Deshalb stellt der Kampf für Gleichberechtigung von Frauen und Männern die Grundlage der präventiven Arbeit dar. Wie ausgeführt, ist sexuelle Gewalt nicht von patriarchaler Herrschaft zu trennen und eine präventive Arbeit bedeutet eben auch, den Kampf um das Ende der patriarchalen Herrschaft zu führen.

Grundlage des Zusammenlebens in der Gesellschaft ist das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung

Das bedeutet, der Grundsatz »Nein heißt Nein« muss sich auch im Sexualstrafrecht wiederfinden. Ein Sexualstrafrecht, das grundsätzlich von einem Einverständnis ausgeht, solange die Betroffenen nicht Widerstand leisten und vom Täter oder der Täterin Gewalt ausgeübt wird, ist hierfür nicht geeignet. Strafrechtlich relevant muss das Verhalten des Täters oder der Täterin und nicht das des Opfers sein.

Es stellt sich schon die Frage, wieso Deutschland die Istanbul-Konvention unterzeichnet und diese dann nicht entsprechend der Grundsätze in Gesetzesform gießt. Auch wenn zur Umsetzung der Istanbul-Konvention eine Reformkommission (die Reformkommission hat ihre Arbeit noch nicht beendet, das Gesetz soll aber schon vorher verändert werden) eingerichtet wurde, ist es noch fraglich, ob es nach Abschluss der Arbeit dann auch tatsächlich zu einem Paradigmenwechsel im Sexualstrafrecht kommt und somit auch die Istanbul-Konvention ratifiziert wird.



Ein Paradigmenwechsel ist nötig!

Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe

Warum sind wir als Sozialist*innen dafür, das Sexualstrafrecht zu ändern?

Natürlich ist mir bewusst, dass sich die Gesellschaft nicht durch die Änderung des Rechts verändert. Ein Paradigmenwechsel im Sexualstrafrecht hat dennoch ein progressives Moment. Der Grundsatz »Nein heißt Nein« würde sich auch im Recht wiederfinden. Die Betroffenen fühlen sich oft schuldig und dieses Gefühl, sich nicht genug gewehrt zu haben und eine Mitschuld zu tragen, wird durch das zurzeit geltende Recht noch bestätigt. Eine Abkehr vom täter*innenfreundlichen, patriarchalen Gesetz hin zu einem Gesetz, das die Betroffenen mehr in den Blick nimmt und ihnen so auch eine juristische Aufarbeitung des Geschehen ermöglicht, ist aus feministischer Sicht daher sehr begrüßenswert.

Eine grundsätzlichere Reform des Sexualstrafrechts ist meines Erachtens daher sinnvoll, aber eben auch nur ein ganz kleiner Baustein in der präventiven Arbeit. Denn nur, weil etwas verboten ist, heißt dies nicht, dass es auch nicht passiert. Neben einer gesamtgesellschaftlichen Debatte über sexuelle Gewalt und darüber, was eigentlich sexuelle Grenzverletzungen alles sein können, müssen auch die Jugendverbände, Schulen, Kindergärten und andere in ihrer Präventionsarbeit unterstützt werden, ebenso wie die Beratungsstellen – die einen wichtigen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Debatte leisten, eine erste Anlaufstelle für die Betroffenen darstellen und ein Aufarbeiten der Geschehnisse oft auch erst ermöglichen – eine Unterstützung brauchen. Wichtig ist aber, dass wir nicht stehen bleiben, sondern den Kampf gegen patriarchale Herrschaft und Ausbeutung weiterführen. ★

Nina Dehmlow, Bezirk Hannover

¹ Ein noch nicht von der Bundesregierung beschlossener Gesetzesvorschlag

² Der Referent*innenentwurf wird den betroffenen Ministerien zur Abstimmung vorgelegt, bevor er dem Bundeskabinett vorgelegt wird.

³ Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Was ist sexuelle Gewalt?

»Sexuelle Gewalt ist eine individuelle, alters- und geschlechtsabhängige Grenzverletzung und meint jede sexuelle Handlung, die an oder vor einem Kind oder einem/einer Jugendlichen entweder gegen dessen/deren Willen vorgenommen wird oder der das Kind oder der/die Jugendliche aufgrund körperlicher, psychischer, kognitiver oder sprachlicher Unterlegenheit nicht wissentlich zustimmen kann. Der/die Täter/-in nutzt seine/ihre Macht- und Autoritätsposition aus, um seine/ihre eigenen Bedürfnisse auf Kosten des Kindes/Erwachsenen zu befriedigen« so Bange und Deegener in ihrem 1996 erschienenen Buch »Sexueller Mißbrauch an Kindern – Ausmaß, Hintergründe; Folgen.

Frauen, Flucht und Feminismus: Was hat Gewalt mit Geschlecht zu tun?

Betrachtung des Themas Gewalt unter spezifischen Aspekten von immigrierten/geflüchteten Frauen

Das Thema Flucht ist in aller Munde. 60 Millionen Menschen befinden sich derzeit weltweit auf der Flucht. Lediglich fünf Prozent der genannten 60 Millionen erreichen Europa. Die Sorge des »überrannten« Europas ist somit unbegründet. Doch weshalb verlassen Menschen ihr Heimatland und was ist für insbesondere Frauen bei der Flucht anders oder schwieriger? Wie viele Frauen machen sich auf die beschwerliche Reise und warum? Oder warum nicht? In Deutschland sind ein Großteil der ankommenden Menschen Männer. **Sie machen 70% aus, während der Anteil der Frauen unter den Geflüchteten lediglich 30% beträgt.**¹ Weltweit betrachtet sind mehr Frauen und Kinder auf der Flucht, doch sie kommen häufig nicht bis nach Mitteleuropa. Die Gründe dafür sollen nachfolgend betrachtet werden.

Fliehen Frauen anders?

Frauen fliehen genau wie Männer aufgrund von weltweiten Menschenrechtsverletzungen wie Armut, Hunger, Krieg, politischer Verfolgung, mangelnder medizinischer Versorgung und Folgen von Umweltzerstörung. Frauen sind aber zusätzlich von spezifischen Menschenrechtsverletzungen betroffen, die überwiegend nur sie betreffen: sexualisierte Gewalt, Witweneinschüchterung oder Zwangsabtreibung. Manche Frauen werden zu Abtreibungen gezwungen, wenn das zu erwartende Kind weiblichen Geschlechts ist oder die finanzielle Lage ein Kind kaum zulässt. Zwangsjungfräulichkeit und Genitalverstümmelung sind zwei weitere eng miteinander in Verbindung stehende Themen, die überwiegend Frauen betreffen. Alle Zwänge haben fast ausschließlich mit dem weiblichen Körper und Sexualität zu tun. Es sind spezifische Aspekte, die Männer nicht betreffen, wie beispielsweise die Tatsache, dass sie keine Kinder zur Welt bringen können. Daher ist es wichtig, Flucht ebenso aus einer feministischen Perspektive in einem größeren globalen Zusammenhang zu betrachten.

In vielen Ländern wird die Jungfräulichkeit für eine Ehe vorausgesetzt. Der Zwang, in einer Ehe perfekt zu funktionieren, ist mitunter eine Fluchtursache. Im Iran gibt es Beispiele von Frauen, denen für Ehebruch die Steinigung als Strafe angekündigt wurde und die daher nach Deutschland flüchteten.

Vergewaltigung ist ein weiterer Aspekt, von dem vorwiegend Frauen betroffen sind. Menschen, die derartige Gewalt erfahren haben bezeichnen sich selbst häufig als »Survivor« (als Überlebende) um sich nicht mit dem Begriff »Opfer« zu identifizieren. Survivor einer Vergewaltigung können aus dieser schwanter hervorgehen und haben oft mit den traumatisierenden Folgen zu kämpfen.

Was passiert konkret?

Es gab Fälle in Deutschland, bei denen katholische Krankenhäuser bei schwangeren Geflüchteten (Survivors) nicht in eine Abtreibung einwilligten, obwohl die Schwangerschaft aus einer Vergewaltigung hervorgegangen war. Die Balkanroute, so lauten die Erzählungen, gilt für Frauen diesbezüglich als gefährliche Route. Immer wieder berichten Frauen über Übergriffe unterwegs. Daher werden mitunter Mädchen bereits vor der Volljährigkeit verheiratet, damit sie während der Flucht einen männlichen Begleiter haben. Das soll einen Schutz bieten. Viele begeben sich aber aus den genannten Gründen gar nicht erst auf die Flucht. Das erklärt mitunter, weshalb mehr Jungen und Männer in Mitteleuropa ankommen. Zwangsprostitution und Zwangsverheiratung sind auch hier vor Ort aktuelle Themen, sodass der Bedarf für Beratungsstellen groß ist. Nicht nur körperliche, auch psychische sowie institutionelle Gewalt wird hier zum Thema.

Unterstützung, aber wie?

Aufgrund der häufig unsicheren Rechtslage geflüchteter und immigrierter Frauen leisten Beratungsstellen wich-

Die Clara

»Clara« ist die feministische und frauenpolitische Seite der aj. Clara Zetkin war eine streitbare Sozialistin und Kommunistin, die als eine der Ersten eine sozialistische Frauenemanzipationstheorie entwickelt hat. Sie war Redakteurin der »Gleichheit«, der Zeitschrift der Arbeiterinnenbewegung, und rief 1911 den 8. März als Frauentag ins Leben. Sie engagierte sich in der SPD, dann in der USPD und schließlich in der KPD, die sie auch im Reichstag vertrat. 1933 starb Clara Zetkin im russischen Exil.



Illustration: Katrin Ziel

Mehr erfahren

Weitere Informationen zum Thema findet ihr bei:

agisra e. V., Köln: Seit 1993 Migrant*innenselbstorganisation, professionelle Fachberatungsstelle: arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung

Frauen helfen Frauen, Oberhausen: Verein mit den Schwerpunkten: All-gemeine Beratung und Therapie, Trennungs- und Scheidungsberatung, Beratung von Frauen in Fällen häuslicher Gewalt, Empowerment und Beratung und Unterstützung traumatisierter Flüchtlingsfrauen

tige Arbeit. Die soziale Arbeit zeigt sich insbesondere bei diesen Bedarfen als Menschenrechtsprofession, denn niemand sollte Gewalt aushalten müssen. Die wichtige Informations-, Bildungs- und Lobbyarbeit soll die Gesellschaft auch für diejenigen verändern, die nicht den Weg in die Beratungsstellen finden. Dort finden Frauen*insbesondere Unterstützung beim Besuch eines Arztes oder einer Ärztin, beim Organisieren von Rechtsberatung oder sie werden über das Gewaltschutzgesetz aufgeklärt. Die wichtigste Arbeit ist die Stabilisierung als Vorstufe der Traumabewältigung. Stärkung der Eigenmacht, Autonomie und Selbstbestimmung sind wichtige Ziele.

Was nun? Forderungen!

Der Zugang zu Gesundheitsleistungen wie Traumatherapie darf geflüchteten/immigrierten Menschen aufgrund fehlender Sprachkenntnisse nicht verweigert werden.

Eine Einführung frauenspezifischer Asylgründe auf deutscher wie auf EU-Ebene wäre ein erster Durchbruch. Dies ist nötig, da geschlechtsspezifisch verfolgte Frauen aufgrund der patriarchalen Strukturen des Herkunftsstaates zumeist keinen Schutz von dessen Seite erwarten können. Bisher besteht keine ausreichende Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe. Das muss sich ändern! ★

Jenny Bittner, KV Oberhausen



Vergewaltigung verurteilen!

Alexas_Fotos

¹ Dies sind Schätzungen der UN, es gibt keine eindeutigen Zahlen dazu, diese Werte ergeben sich aus Statistiken, die unterschiedliche Gruppen zusammenfassen



WILLKOMMEN IN DEINER ANDEREN WELT

IFM-CAMP 2016

23. JULI BIS 5. AUGUST

REINWARZHOFEN

BEI NÜRN-
BERG

INTERNATIONALES ZELTLAGER
YOUTH AREA | KULTUR | THEMENZELTE
RAUM FÜR SELBSTORGANISATION

WIR-FALKEN.DE | IFM-CAMP-2016.ORG



Sozialistische Jugend
Deutschlands
Die Falken



IFM-SEI

GERMANY
23RD JULY TO
5TH AUGUST 2016
IFM-CAMP
WELCOME TO ANOTHER
WORLD



Gegendemo »Hooligans gegen Salfisten« in Hannover 2014

Michaela, CC BY-NC-ND 2.0

Klassismus gegen Rechts!?

Das unverschämt gute Gewissen der deutschen Eliten

Nach Jahrzehnten der Abschottung erreicht seit einigen Monaten tatsächlich eine nennenswerte Zahl Hilfesuchender auch Deutschland, welches, um genau dies zu verhindern, eigentlich einen bequemen Gürtel sogenannter »sicherer Drittstaaten« (siehe Infobox) um sich herum erschuf. Die von der Politik daraufhin ausgerufenen »Flüchtlingskrise« treibt seitdem fast wöchentlich tausende »besorgte Bürger*innen« auf die Straßen – und in die Kommentarspalten der sozialen Netzwerke. Die allgemein antirassistische wie auch die explizit linke Gegenbewegung wirken eher ohnmächtig und legen teilweise einen problematischen Umgang mit rechter Hetze an den Tag.

Mit Bildung wäre das nicht passiert?

So ist eine der in den sozialen Netzwerken präsentesten und fragwürdigsten Reaktionen, auch der antifaschistischen Linken, sich über die Nationalist*innen anhand ihrer fehlerhaften Rechtschreibung und Ausdrucksfähigkeit lustig zu machen. Entsprechende Facebookseiten finden sich dutzendumfänglich: Gutes Deutsch für stramme Deutsche, Deutschland Aufwache, Deutschland deine Bildung, Hooligans gegen Satzbau, Legasthenische Volksfront und andere. Das Kon-

zept ist simpel: Mensch lacht über pöbelnde und hetzende Deutsche, weil diese anscheinend nicht einmal ihre eigene Muttersprache beherrschen. Nun soll das hier kein Plädoyer werden, bitte nicht mehr über die armen Nazis zu lachen. Allerdings offenbart dieser Umgang bei näherer Betrachtung zwei eklatante Probleme:

Zum einen wird hier einer tatsächlichen Auseinandersetzung mit nationalistischen und rassistischen Äußerungen konsequent aus dem Weg gegangen. Über den eigentlichen Inhalt der Postings wird quasi nie etwas gesagt. Im Gegenteil: Der Erfolg dieser Seiten beruht gerade darauf, dass die Screenshots von Beiträgen »besorgter Bürger*innen« (meist) kommentarlos gepostet werden – gerade um zu betonen, dass hier auf Grund der offensichtlichen Lächerlichkeit sowieso nichts mehr gesagt werden müsse. Wären diese Postings mit einer Analyse und Kritik der Inhalte verbunden, wäre das harmonische Prinzip »Wir lachen gemeinsam über die Anderen« sicher schnell dahin.

Zum anderen kommt damit ein bequemes und zugleich gefährliches Klischee ans Licht: Nazis sind Nazis, weil sie ganz einfach dumm sind. Die mangelhafte Rechtschreibfähigkeit wird als Beleg für das Fehlen von Intelligenz und geistiger Fähigkeiten allgemein herangezogen – und damit scheinbar bereits der Ursprung des Übels erklärt.

Die Arschloch-Aktion

Ein populäres und sehr anschauliches Beispiel für dieses Denken ist der Song »Schrei nach Liebe« der Band Die Ärzte, der inzwischen immerhin über 20 Jahre alt ist und immer noch sehr gern auf

Demos gegen rechts gespielt und mitgesungen wird.

In ihrem Text erklärt die Band einem imaginären Nazi, dass dieser ein Faschist sei, da er eben »saudumm« sei und sich niemand für seine Probleme interessiert. Außerdem habe er nebenbei noch »Schiss vorm Schmusen« und wolle sich nicht eingestehen, ein netter Kerl zu sein. Rechtsradikalismus ist demnach dann gar keine politische Gesinnung, sondern so etwas wie eine Krankheit, an der mensch auf Grund von Bildungs- und Intimitätsdefiziten leidet. Die »Heilung« wäre dann folglich der Besuch von Volksschulkursen und Sex-Workshops.

Derartige Hirngespinnste sind vielleicht recht erheitend, aber offenkundig Blödsinn – und gefährlich wo sie ernstgemeint sind: Wer Faschismus als eine Krankheit, an der manche eben leider einfach »erkranken«, wahrnimmt, übersieht dass dieser in all seinen fettenreichen Ausprägungen eine politische Ideologie darstellt. Die Erklärungen und Lösungen bietet, die von ihren Anhänger*innen aktiv als gut und vernünftig befunden wurden. **Faschismus passiert nicht einfach so durch eine Unachtsamkeit wie eine Infektion, sondern hat seine Wurzeln in den gesellschaftlichen Verhältnissen und sozialen Konflikten.**¹ Die Attraktivität faschistischen Denkens ist eine Konsequenz der Erfahrungen, die die Menschen in dieser Gesellschaft machen. Über diese Gesellschaft wiederum können wir aufklären; wir können Agitation betreiben und uns mit Anderen organisieren, um gegen das vorzugehen, was uns stört. Wir können gegen Nazis aktiv werden – und zwar indem wir sie als politische Gegner*innen und Gefahr für uns und

→ Fortsetzung auf Seite 11

¹Vergleiche hierzu zum Beispiel den Artikel zu PEGIDA »Es wird deutsch in Kaltland« in der AJ 1-2015

Sichere Drittstaaten ...

... bezeichnen Staaten, welche nach deutscher Definition den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten der Geflüchteten gewährleisten. Dies sind alle EU-Staaten, sowie unter anderem Albanien, Kosovo und Serbien. Ein*e Geflüchtete*r, welche*r bei der Flucht nach Deutschland eines dieser Länder durchquert, hat hier kein Recht auf Asyl, sondern muss dieses im zuerst betretenen »sicheren Drittstaat« beantragen.

Klassismus gegen rechts!?

Das unverschämt gute Gewissen der deutschen Eliten

→ Fortsetzung von Seite 10

unsere Freund*innen erkennen, nicht als ungeliebte Schulabbrecher*innen. Erklären wir Faschismus hingegen zu einer Folge von Dummheit, so können wir gar nicht mit politischen Mitteln dagegen vorgehen, da das Problem lediglich auf die individuelle geistige Unzulänglichkeit des*der Faschist*in zurückgeführt wird – und nicht auf die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, die ihn immer wieder hervorbringt.

Außerdem gibt es mehr als genug gut studierte Faschist*innen. Sachbücher der sogenannten »Neuen Rechten« und rechtsextremistische Verlage wie zum Beispiel der Kopp-Verlag gehören zu den wachstumsstärksten Bereichen des deutschen Büchermarktes. Auch eine Umfrage an der Universität Köln im Februar 2016, an der rund 1.660 Studierende teilnahmen, offenbarte die weite Verbreitung rassistischen und nationalistischen Gedankenguts. So stimmten zum Beispiel rund zehn Prozent der Befragten der Aussage, dass »[d]urch die Internationalisierung [...] unsere deutschen Werte verloren [gehen]«, komplett zu. Laut der TU Dresden kommt »der typische Pegida-Aktivist« in der Regel »aus der Mittelschicht«, ist »gut ausgebildet und berufstätig« und bezieht »ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen« (Die Welt). Schulische Bildung und soziale Sicherheit schützen also in keiner Weise vor faschistischem Denken.

Das »Pack« und sein Volk

Nur um eines klarzustellen: Natürlich gibt es die rassistischen Lynchmobs, die, etwa bei den Ereignissen in Berlin-Hellersdorf im August 2013, primär aus aufgehetzten Mitgliedern der Unterschicht bestehen. Sie aber lediglich als abgehängte Minderbemittelte, die zu dumm sind, gesellschaftliche Zusammenhänge richtig zu verstehen, abzuurteilen, trägt nichts zu ihrer Bekämpfung sondern lediglich zur eigenen Erhebung über diesen »Pöbel« bei.

Am deutlichsten und besonders zynisch erscheint diese Selbsterhebung, wenn

sich etablierte Politiker*innen, die seit Jahrzehnten konsequent die Abschottung Europas nach außen betreiben, plötzlich dazu berufen fühlen, gegen den scheinbar plötzlich aufflackernden »Fremdenhass« ihrer Untertanen Gesicht zu zeigen. Diejenigen, die milliardenschwere Investitionen im Kampf gegen die nicht selten vom **Westen selbst verursachten Flüchtlingsströme**² befürworten und nicht selten selbst initiieren, zeigen sich empört und entsetzt, wenn das durch Schule und Medien auf das Wohl der Nation eingeschworene Wahlvolk die Sache endlich selbst in die Hand nehmen will.

Die »besorgten Bürger*innen« – marginalisiert oder nicht – mögen noch so lautstark gegen »Merkels Asylwahn« protestieren: Es sind am Ende nicht sie, die das Asylrecht immer weiter einschränken, Menschen unter unwürdigen Bedingungen zusammenpferchen und bei der nicht unwahrscheinlichen Ablehnung ihres Antrags auf Bleiberecht in die von Krieg und Elend geprägten Gebiete zurückverfrachten. Diesen Schreibtischtäter*innen, die all dies mit aller Härte durchsetzen und sich trotzdem medienwirksam über randalierende »Asylkritiker*innen« echauffieren, geht es um etwas ganz anderes: Ihre größte Angst ist, dass AfD, Pegida und Konsorten »Deutschlands Ansehen in der Welt schaden« und damit Investoren und Tourist*innen abschrecken. So kann auch Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender und Vize-Kanzler, randalierende Rassist*innen problemlos als »Pack und Mob«, die man einsperren müsse, bezeichnen und ein paar Monate später mit seiner Partei – Hand in Hand mit der Union – das Asylpaket II (siehe Infokasten) beschließen. Von der Genehmigung deutscher Waffenexporte unter anderem nach Nordafrika und in die arabischen Staaten in Rekordhöhe ganz zu schweigen.

So wichtig es ist, sich dem rassistischem Mob auf der Straße entgegenzustellen, so wichtig ist es auch, sich zu vergegenwärtigen, dass dieser Haufen nicht das einzige und für die Geflüchteten häufig sogar das »kleinere« Problem darstellt. Wir dürfen uns nicht für den Kampf für

The history of progress is written in the blood of men and women who have dared to espouse an unpopular cause, as, for instance, the black man's right to his body, or woman's right to her soul.

Emma Goldman

Das Asylpaket II ...

... bezeichnet eine im Februar 2016 verabschiedete Verschärfung des Asylrechts. Dieses beinhaltet u.a. »besondere Aufnahmeeinrichtungen« und »beschleunigte Verfahren« für Geflüchtete aus »sicheren Drittstaaten«, Verschärfung der Residenzpflicht, Leistungskürzungen, Erleichterung von Abschiebungen, sowie die massive Einschränkung des Familiennachzugs.

ein vermeintlich »weltoffenes, tolantes, buntes Deutschland« und gegen ein paar »ewiggestrige Störenfriede« einspannen lassen, denn dann geht die ganze Scheiße einfach immer weiter. Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen heißt für uns, einen revolutionären Antifaschismus gegen das Kapital, seinen Staat und Ideologien zu verfolgen.

Wir dürfen Rassismus und Nationalismus nicht einfach zu einem »ostdeutschen Unterschichtenphänomen« erklären wie es die Etablierten dieses Landes tun, um ihre eigenen blutverschmierten Hände in Unschuld zu waschen. Es sind die Architekt*innen dieser Festung Europa, die selber die Flucht über das Mittelmeer zu einer tödlichen Schikane machen und gleichzeitig Schlepper*innen zu »verantwortungslosen Menschenhändler*innen« erklären, die sich unmoralischerweise die Not der Geflüchteten zunutzmachen. Gegen diesen ganzen Mist gilt es aktiv zu werden. Statt einem »Aufstand der Anständigen« ist ein anständiger Aufstand zu organisieren. ★

Eric Montag, Kreisverband Erfurt

²Die Geflüchtetenorganisationen »The Voice« und »Karawane« haben diesen Umstand 2015 mit dem Slogan »Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!« pointiert

Impressum – die andere Jugend 1/2016

Herausgeberin: Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bundesvorstand, Luise-&-Karl-Kautsky-Haus, Saarstraße 14, 12161 Berlin Tel. (030) 26 10 30-0, aj-redaktion@wir-falken.de, www.wir-falken.de

V.i.S.d.P.: Josephin Tischner

Redaktion: Miriam Bömer, Jana Herrmann, Eric Montag, Michael Pütz, Jan Schulz, Nina Dehmlow

Weitere Beiträge von: Charlotte Bremer, Nadim Shukrallah, Max Lüneburg, Maximilian van Tongeren, Peter Schadt, Jannik Schulz

Fotos und Grafiken: RicHard-59 (S. 1), Dfrg.msc (S. 2), Thomas Hawk (S. 3), Bernd Schwabe (S. 4), Fraktion Die Linke im Bundestag (S. 5), Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (S. 6), Katrin Ziel (S. 7) Patrick Menne (S. 8/9), Michaela (S. 10), Sfan00 IMG (S. 12), Universal Pictures International Germany GmbH (S.13), Landesverband Thüringen (S. 14), Michael Pütz (S. 15)

Layout: Helga Wolf · **Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in allen Fällen die Meinung der Redaktion wieder. Der Bezug der AJ ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die AJ wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert.

AJ 2-2016: Schwerpunktthema: »Gefühle im Kapitalismus«, Redaktionsschluss 18.Mai 2016

Recht und Rausch

Lehren aus der Legalisierungsdebatte



Über den Horror von Drogenkonsum im Jahr 1936

Sfan00 IMG

Nicht alle Drogen sind gleich schädlich

In einem Zeitartikel schreibt David Nutt, der die britische Regierung über Drogenpolitik berät, dass alle Drogen schädlich seien, aber nicht gleich schädlich und dass jeder Mensch in der Lage sein sollte, eine informierte Entscheidung zu treffen. Die Gesetze, die Drogengebrauch regeln, berufen sich oftmals nicht auf wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern auf gesellschaftliche Akzeptanz. Dadurch entstehen falsche Eindrücke in Bezug auf ihre Gefährlichkeit. Beispielsweise sind Alkohol und Rauchen nicht weniger gefährlich, nur weil sie legal sind.

Das Verbot von – nicht nur, aber vor allem – Cannabis ist längst ein viel diskutiertes Thema und seine Aufhebung keine Undenkbarkeit mehr. Die gesundheitlichen Argumente sprechen eine überdeutliche Sprache, sollen aber nicht zum x-ten Mal ausgebreitet werden. Vielmehr ist die Frage, wieso trotz der klaren Lage in diesem Bereich weiterhin auch »ungefährliche« Drogen kriminalisiert werden und ihr Besitz bestraft wird. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Möller, kennt zum Beispiel ihrerseits noch ganz andere Gründe, warum mancherlei Rausch verboten ist und manch anderer erlaubt: »Wir leben in einem Kulturraum, in dem man sich an bestimmte Dinge gewöhnt hat.« sagt sie dem »Tagesspiegel« dazu im Interview. Solche Bemerkungen zeugen von einem ande-

ren und offenbar gar nicht unwichtigen Gesichtspunkt bei der Abwägung der Erlaubnisse, Verbote und Strafen, die bezüglich Drogen erlassen werden (sollen): Es geht um die Frage, ob eine Droge zu unserer Gesellschaft gehört – und ob sich damit auch ihr Genuss gehört – oder eben nicht.

Wer als Argument für ein Verbot einer Droge anführt, dass ihr Konsum nicht zur Kultur gehört, der bekennt sich dazu: Der Staat mit seiner Gesetzgebung soll in diesem Bereich nicht nur der Gesundheit seiner Untertanen Rechnung tragen, sondern auch ihrem moralischen Empfinden darüber, welches Rauschmittel man benutzen darf.

Moralpflege als Staatsauftrag ...

Was einem vorkommt mag wie der persönliche Spleen des einen Politikers oder der anderen Politikerin, hat in modernen Staaten seine Notwendigkeit: Einerseits unterwirft die Herrschaft hierzulande noch jeden Lebensbereich ihren gesetzlichen Regelungen, Erlaubnissen und Verboten, vom Arbeitsrecht über die Gesetzgebung zur Ehe oder eben dem Betäubungsmittelgesetz und Strafrecht.

Andererseits behaupten (und glauben sicher auch oft) die Entscheidungsträger*innen in der Politik, diese – durch die Staatsgewalt sichergestellte – Unterwerfung ihrer Bürger*innen sei genau so ausgestaltet, dass sie zu den Unterworfenen passt. Ein absurder Gedanke: Ausgerechnet durch die gewaltsame Unterordnung der Menschen unter das von der Politik festgelegte Recht soll die Herrschaft ihren Untertanen gerecht werden. Praktisch zur Anwendung kommt diese Gesinnung selbstverständlich nicht bei den entscheidenden Grundlagen der modernen Staatsmacht: die Wirtschafts- und Eigentumsordnung, die Sicherung der Staatsgewalt durch Polizei und Militär nach innen und außen – so etwas kann und darf nicht von der moralischen Befindlichkeit der Bevölkerung abhängig gemacht werden. Stattdessen finden staatliche Gewalt und Moral ihrer Bürger da zusammen, wo es nicht ums Entscheidende geht. Zum Beispiel bei der Ansicht, dass Bier und Wein eben zum Leben dazugehört, Kiffer und Junkies hingegen überhaupt nicht. Indem sich die Staatsgewalt mit ihren Gesetzen hinter die Moral ihrer Bürger*innen stellt, führt sie allerdings für diejenigen, die ihr nicht entsprechen, eine entscheidende Härte ein.

... mit der dazugehörigen Strafgewalt

Wer sich nicht nur gegen die Moral seiner Mitmenschen vergeht, sondern das Gesetz bricht, der hat den Staat und seine Strafverfolgungsbehörden gegen sich. Zielsicher sieht die Staatsgewalt noch bei jedem Rechtsverstoß von dem ab, was da einer eigentlich gewollt und getan hat und weiß, was wirklich an der Tat zählt: Als Verstoß gegen die Regeln und Prinzipien, die der Staat erlassen hat und für die er mit all seiner Gewalt Geltung verlangt, ist der Rechtsbruch ein Verstoß gegen die Geltung der staatlichen Gewalt.

Bei aller Verschiedenheit der Verbrechen kennt der staatliche Justizapparat eine Gemeinsamkeit: Allesamt missachten sie die Hoheit der staatlichen Gewalt, stellen sie damit infrage und verlangen nach ihrer Wiederherstellung – die natürlich nur gewaltsam geht. In der Bestrafung von Verbrechen, auch und gerade bei Drogendelikten, zeigt sich der Staat als das, was er ist: eine hoheitliche Gewalt, die von ihren Untertanen Rechtstreue verlangt und den Verstoß gegen ihre Gesetze sanktioniert.

Allerdings hat Strafe noch eine zweite Seite: Einerseits soll durch die Sanktion die Geltung des gebrochenen Rechts wiederhergestellt werden – andererseits soll auch die Rechtstreue der Täter*in wiederhergestellt werden. Grade im Bereich der Drogenkriminalität gibt es diesbezüglich immer wieder muntere Diskussionen, Änderungen, Trends und Entscheidungen – soll man solche Leute eher ins Gefängnis werfen oder in die Therapie? Oder gar in Ruhe lassen, wenn sie sonst anständige Bürger*innen sind, weil dieser Verstoß ja nun wirklich nicht so schwer wiegt?

Es ist ein munteres Hin und Her zwischen Bestrafung, Resozialisierung, der Anpassung der Rechtslage an eine mittlerweile veränderte oder von der Politik zu ändernde Volksmoral und der zu bewahrenden Gesundheit der Untertanen. Darin bewegen sich die tagespolitischen Debatten um Kriminalisierung, Verfolgung, Prävention oder Legalisierung von Drogen. Debatten, aus denen man sich genau deswegen auch besser raus hält, aus denen man aber einiges über die hierzulande herrschende Gewalt lernen kann. ★

Jannik Schulz,
Ortsverband Tübingen

Daher ist die Position von uns Falken zu dem Thema:

Wir fordern ein Ende der Stigmatisierung und Kriminalisierung von Drogenkonsument*innen und die Legalisierung aller Rauschmittel, die staatliche Kontrolle über Produktion und Abgabe von Rauschmitteln sowie regelmäßige Qualitätskontrolle. Außerdem fordern wir den Ausbau von Maßnahmen und Einrichtungen, die die Lebenssituation von Süchtigen verbessern und eine steuerfinanzierte Aufklärung über die gesundheitlichen Risiken der Selektion in Schule und Uni, Lohnarbeit, schwerer körperlicher Arbeit und monotoner Arbeit, Überstunden und Stress.

Das Tagebuch der Anne Frank

Eine Rezension zum Film von Hans Steinbichler

Sie war ein ganz normales Mädchen – das wiederholen die Ankündigungen für den Film immer wieder. Viele von uns kennen das Tagebuch der Anne Frank und ihre Geschichte. Als Jüdin musste sie mit ihrer Familie von Deutschland während des Nationalsozialismus nach Amsterdam emigrieren. Als die Situation für Jüd*innen unter der Besetzung der Deutschen auch dort schlimmer wurde, versteckten sich die Franks in einem Hinterhaus – jahrelang.

Der Verfilmung ihres Tagebuchs ist vor allem eins gelungen: die Auswirkungen des Nationalsozialismus auf das normale Mädchen Anne zu zeigen. Die zunehmenden Einschränkungen der Rechte für Jüd*innen unter der Besetzung der Nazis werden fast beiläufig erzählt und erhalten dadurch eine besondere Dimension. Was für Anne Alltag war, sind für uns die ersten Anzeichen einer drohenden Vernichtung. Anne lebt mit ihrer Schwester und ihren Eltern in einer schönen Wohnung in Amsterdam, sie hat eine Katze und hätte gern einen Hund. Sie bedauert, dass für Jüd*innen keine Hunde mehr erlaubt sind. Sie verteidigt sich und ihre Freundinnen mutig gegen eine Gruppe Jungs, die sie beschimpfen, weil sie Jüdinnen sind.

Der Einzug ihrer und einer weiteren Familie ins Hinterhaus wird filmisch mit Zitaten aus ihrem Tagebuch begleitet, schließlich ist das auch die Hauptperiode, in der sie schreibt. Diese Passagen aus dem Off geben den alltäglichen Geschichten des Lebens im Versteck eine gewisse Tiefe und erinnern uns daran, dass das alles eine von vielen erlebten Geschichten der Verfolgung und Vernichtung ist. Das Tagebuch wurde also zum Sprechen gebracht, und zwar auf eine ästhetisch ziemlich gelungene Weise. Es fällt leicht, mit Anne empathisch zu sein und ihre Gefühle, Freuden und Ängste nachzuvollziehen. Ihre Streitigkeiten mit den Eltern und die Emanzipation von Normen der Erwachsenen sprechen sicher viele junge Leute an.

Die wirkliche Stärke des Films ist die Botschaft, dass der Nationalsozialismus nicht Auschwitz ist, sondern dass die Ausgrenzung viel früher beginnt. Auf plakative Reden von Hitler, Darstellungen von grausamen Nazis oder mas-



Anne Frank, der Film

© 2016 Universal Pictures International Germany GmbH

siver Gewalt wird bewusst verzichtet. Dass die Angst vor Verfolgung und Tod also nicht durch Einzelpersonen vermittelt, sondern durch ein ganzes System von kontinuierlicher Entrechtung und Entwürdigung erreicht wurde, versteht man in diesem Film gut.

Leider ist der Film insgesamt etwas zu lang. Außerdem wird bis auf Annes (sehr gut inszeniertes) Gefühlsleben wenig

Weiteres vermittelt. Die Rolle der Helfenden der Familie, die sie verstecken und in Zeiten von Hunger Essen für bis zu acht Menschen organisieren, fällt fast komplett unter den Tisch. Ebenso sind die Szenen im Versteck erstaunlich hell und fröhlich. Die ständige Angst, »in der Falle« zu sitzen, entdeckt oder ausgebombt zu werden oder einfach das Eingesperrt sein an sich, wird kaum thematisiert. Solche Gefühle werden auf einige kurze Szenen verdichtet.

Es ist längst nicht die erste Verfilmung des Tagebuchs, allerdings die erste deutsche Kinoproduktion. Die Frage nach der Notwendigkeit eines weiteren Films und vor allem dann aus Deutschland mit Schauspieler*innen, die teilweise schon in »Der Untergang« und anderen schlechten Ergüssen der deutschen Filmindustrie gespielt haben, muss man sich stellen. Trotzdem ist der Film hilfreich, um Empathie mit den Opfern des Nationalsozialismus zu wecken.

Der Film ist seit dem Frühling 2016 in den Kinos. Die Falken haben eine Kooperation mit dem Filmverleih. Meldet euch im Bundesbüro, wenn ihr eine Vorführung für eure Gruppe oder euer Jugendzentrum organisieren wollt! ★

Josephin Tischner, KV Charlottenburg

In eigener Sache

Unsere nächste **aj** soll das Thema »**Gefühle im Kapitalismus**« haben. Wenn der Kapitalismus (fast) jeden unserer Lebensbereiche bestimmt, wie sieht es dann mit den Gefühlen aus? Sind die Liebe und romantische Zweierbeziehung eine Möglichkeit, den ökonomischen Zwängen zu entkommen oder können sie unsere private kleine Utopie sein? Wie werden Gefühle in unserer Gesellschaft genutzt, um Profite daraus zu generieren und was haben eigentlich Dating Apps damit zu tun? Können sie empowernd sein oder sind sie nur eine Möglichkeit, zwischenmenschliche Beziehungen zu entwerfen? Dazu und zu anderen Themen würden wir gern Eure Meinung hören.

Als Verbandszeitung lebt die **aj** von Eurer aktiven Mitarbeit. Also schickt uns einfach Eure Artikel zum Schwerpunkt oder zu anderen Themen, Rezensionen, Berichte und Leser*innenbriefe!

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe ist der 18. Mai 2016.

Krieg dem Kriege!

Zur antimilitaristischen Osterkonferenz 1916/2016

»Wir sind uns aufs klarste der Rolle bewusst, die der Militarismus innerhalb des Kapitalismus spielt, und denken natürlich nicht im entferntesten daran, ihn über oder neben den Kapitalismus zu setzen, weil er eben nur ein Teil des Kapitalismus ist, ein Teil oder richtiger eine besonders schädliche und gefährliche Lebensäußerung des Kapitalismus. Aber unsere ganze Agitation gegen den Kapitalismus richtet sich gegen die Lebensäußerungen des Kapitalismus, in denen er sich realisiert.«

Karl Liebknecht

Vor 100 Jahren, an den Ostertagen 1916, versammelten sich in Jena rund 60 Jugendliche aus dem gesamten damaligen Reichsgebiet zu einer illegalen Konferenz gegen den Weltkrieg und die Burgfriedenspolitik der SPD. Anlässlich dieses Jubiläums fanden wir uns am 26. März 2016 an gleicher Stelle zusammen, um sowohl der historischen Konferenz zu gedenken, als auch der Frage nach der Bedeutung von Jugendopposition und Antimilitarismus heute nachzugehen.

»Alles lernen, nichts vergessen!« (Karl Liebknecht)

Zunächst war es uns wichtig zu versuchen nachzuvollziehen, was unsere Genoss*innen damals zu dieser Konferenz bewegte. Hierzu organisierten wir zwei Input-Referate: Der Historiker Ottokar Luban sprach zunächst über die Ursprünge der Spartakusgruppe, ihren Anteil am Antikriegskampf zwischen 1915 und 1918 und ihre Zusammenarbeit mit der linkssozialistischen Arbeiter*innenjugend. Ein anderer Referent, Mario Hesselbarth, war leider gesundheitlich verhindert, ließ uns aber im Vorfeld das Script zu seinem Vortrag über die Inhalte und die Bedeutung der Osterkonferenz 1916 zukommen, das von einer Genossin verlesen und anschließend diskutiert wurde.

So ergab sich nach und nach ein lebendiges Bild dieser Zusammenkunft: Auf Grund des von Kaiser Wilhelm II am 31. Juli 1914 verhängten **Kriegszustandes**¹ musste die Konferenz 1916 äußerst konspirativ geplant und durchgeführt werden. Bei einer Verhaftung drohte den Teilnehmenden eine Gefängnisstrafe, sowie Schutzhaft und den männlichen Genossen zusätzlich die Einberufung zum Heer. So war die Zusammenkunft beim Wirt des Restaurants, welches als Veranstaltungsort diente, als »Wanderfahrt durch Thüringen« der Naturfreunde angemeldet worden.

Schließlich versammelten sich rund 60 Aktive der Arbeiter*innenjugend in Jena. Trotz zahlreicher Differenzen einigte sie die Ablehnung der **Burgfriedenspolitik**² der SPD-Reichstagsfraktion und der Wunsch nach einer wirkungsvollen Friedens- und Oppositionspolitik. Genau diese Eigeninitiative zur Opposition; diese Selbstorganisation als Jugend gegen den Krieg und die Aufkündigung der Treue zur Parteilinie machte die Konferenz derart wegweisend für die Arbeit der kommenden Jahre.

Clara Zetkin charakterisierte die Konferenz zum 10. Jahrestag entsprechend als »Keimzelle [...] der oppositionellen Jugend« und sah in ihr angesichts »der Atmosphäre des Kriegs- und Blutrausches, des Verrats der Sozialdemokratie, des Belagerungszustandes eine politische, eine revolutionäre Tat.« Sie bedeutete »den vollständigen ideologischen und organisatorischen Bruch der oppositionellen proletarischen Jugend mit der Sozialdemokratie« und damit nicht weniger als die »politische Mündigkeitserklärung der proletarischen Jugend«, welche nun nicht mehr einfach eine »Nachwuchsorganisation« sein wollte, an der sich »die Erwachsenen« bedienen wie es ihnen gefällt.

Ein Höhepunkt der Konferenz war sicherlich das Referat Karl Liebknechts, der mit seinem kontinuierlichen Reichstagsvotum gegen immer neue Kriegskredite (erstmalig am 2. Dezember 1914) und als Gründungsmitglied der Sozialistischen Jugendinternationale bei den Aktiven wohlbekannt und einer der wenigen prominenten offenen Kriegsgegner war. Da die meisten teilnehmenden Genoss*innen selbst innerhalb ihrer Jugendgruppen häufig nur wenige Gleichgesinnte fanden und mit ihrer Kriegsgegnerschaft sehr allein dastanden, war es umso wichtiger, dass ein renommierter Genosse ihre eigenen Auffassungen wirkungsvoll zu formulieren wusste und sie diese Argumente mit einer entsprechenden, von allen einstimmig angenommenen Resolution mit in ihre Heimatorte nehmen konnten.

Antimilitarist*innen als Antikapitalist*innen

Nach den historischen Ausführungen setzten wir uns in zwei Diskussionsforen sowohl mit der Frage nach linker Opposition in der Jugend heute und »Antimilitarismus heute« auseinander.

Hierbei reflektierten wir zunächst, was unsere heutige Situation von der dama-

ligen unterscheidet: War Krieg während der Weltkriege und des Kalten Kriegs für die meisten – unmittelbar oder mittelbar durch Familie und Bekannte – erleb- oder zumindest denk- und vorstellbar, so spielt das Militärische spätestens mit der Abschaffung der Wehrpflicht im eigenen Leben heutzutage meist nur noch in Filmen, den Nachrichten und der Bundeswehr-PR eine Rolle. So hat Krieg auch für das eigene Leben hier erstmal keine wirklichen Nachteile mehr, eher im Gegenteil: Als Angehörige*r der westlichen Nationen ist mensch, vermittelt über den Erfolg des eigenen Staates sogar in gewisser Weise Nutznießer*in. Grundlage für Antimilitarismus heute ist also nicht mehr unmittelbar eigene Betroffenheit, sondern das Mitgefühl mit den zivilen Opfern. Anstelle des einfachen pazifistischen Gegen-den-Krieg-Seins fragt der sozialistische Antimilitarismus nach den Gründen von Militarismus, Rüstung und Krieg – und stößt dabei auf den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Gesellschaft.

Ein Antimilitarismus, der nicht erkennt, dass das Militär eine Einrichtung dieses Staates und der Krieg eines seiner Mittel ist, und stattdessen mit der Forderung des freiwilligen Verzichts auf Militär und Krieg an den Staat herantritt, wird immer wieder scheitern. Der Kampf für die »Beseitigung des Militarismus, das heißt: Beseitigung des Heeres in jeder Form« (Karl Liebknecht) kann nur als Kampf gegen diejenige Gesellschaft Erfolg haben, die den Staat und seinen Erfolg will und braucht. Wir sind »Antimilitaristen als Antikapitalisten« (Liebknecht), nicht als Pazifist*innen. Das bedeutet auch, dass sich ein vernünftiger Antimilitarismus auch mit dem kapitalistischen Frieden nicht gemein machen kann.

Das Militär wirkt jedoch nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. Dort ist es Arbeitgeber und Rüstungsabnehmer; Garant für Stabilität und nicht zuletzt Erziehung zu Disziplin und Gehorsam, Unterwerfung und Selbstopferung. Antimilitarismus heißt deswegen auch Erziehung zum Widerspruch, zu Selbstbewusstsein und Charakterstärke. Antimilitarismus ist sozialistische Erziehung!

Nach den Jugendforen legten wir am Ort der historischen Osterkonferenz einen Gedenkkranz mit den Worten »Was wir sind und was wir wollen beginnt mit einem Nein!« nieder, begleitet von einer szenischen Lesung und abschließendem Gesang. Abschließend fanden wir uns am Abend noch einmal zu einem Vortrag von David Salomon zur »Rückkehr der zwischenimperialistischen Konkurrenz« zusammen, in dem verschiedene Imperialismus-Theorien erläutert und auf ihre Aktualität beleuchtet und diskutiert wurden. Schließlich ging auch dieser anstrengende wie lehrreiche Tag zu Ende. Weitermachen! ★

Eric Montag, KV Erfurt

¹ Kriegszustand bezeichnet eine von der allgemeinen Rechtslage abweichenden Ausnahmezustand bei der »besondere Vorkehrungen zum Schutz des Staates« getroffen werden. So wurden unter anderem die Grundrechte auf Presse- und Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt, sowie das Standrecht angeordnet.

² Burgfriedenspolitik bezeichnete das Zurückstellen aller politischen Auseinandersetzungen der Sozialdemokratie zugunsten der deutschen Kriegspolitik. Außerdem verzichteten Gewerkschaften auf Lohnkämpfe und Streiks.

Weiterlesen

Die Resolution der Konferenz, Clara Zetkins Gedenkartikel und viele weitere Materialien sowohl zur historischen wie auch aktuellen Osterkonferenz haben wir für Euch auf folgender Website bereitgestellt: www.jenaosterkonferenz.de



Die Teilnehmenden der Osterkonferenz

LV Thüringen



Gute Drogen, schlechte Drogen?

Tumblr

Wir hör'n mit der Scheiße nicht auf, bis die Scheiße aufhört!

Drogenpolitisches Seminar im Salvador-Allende-Haus

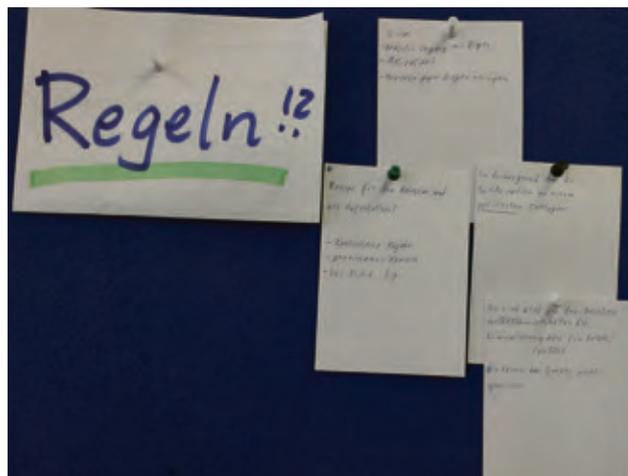
Am Wochenende vom 8. bis 10. April fand im Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick ein Seminar des Bundes-SJ-Ring zum Thema Drogenpolitik und Drogenpädagogik statt. Dabei haben wir uns mit verschiedenen Punkten auseinandergesetzt. So haben wir uns darüber informiert, welche Wirkungen und Risiken mit diversen Substanzen verbunden sind. Wie es theoretisch möglich ist, die Risiken, die mit der Nutzung einhergehen, zu minimieren. Wie und wo diverse Substanzen in unserem Körper wirken. Außerdem haben wir verschiedene Ansätze der Drogenarbeit kennen gelernt, also wie mit abhängigen Konsument*innen umgegangen werden soll. In der Praxis reicht dieses Spektrum von stark repressiven Ansätzen bis hin zu akzeptierender Arbeit. Dass es den einen, alle Drogen und Konsumverhalten umfassenden Weg nicht gibt, wurde dabei recht schnell klar.

Drogenkonsum ist älter als die Menschheit und kommt auch im restlichen Tierreich vor. Gesellschaftlich sind verschiedene Drogen anders anerkannt. Da spielen nicht nur soziale Faktoren eine Rolle, sondern auch, in welchem Teil der Welt man sich gerade befindet. So ist im Jemen Alkoholismus nicht sonderlich verbreitet, dafür aber das Kaufen von Kath.

Für uns stellte sich die Frage, welche Konsequenzen wir auf unseren Veranstaltungen und Maßnahmen ziehen und inwieweit unsere Einstellungen von denen der restlichen Gesellschaft abweichen. Lassen wir das Rauchen für unter Achtzehnjährige zu? Müssen bei den Hauptamtlichentreffen unbedingt die Bierflaschen auf dem Tisch stehen? Was mache ich mit den Teilnehmenden, denen ich beim Kiffen über den Weg gelaufen bin?

Leider war das Feld der Teilnehmenden in vielen Punkten einer Meinung. »Leider«, weil unsere Standpunkte nicht das gesamte Meinungsspektrum des Verbandes widerspiegeln und wirklich kontroverse Diskussionen nur über ein leicht stereotypes Rollenspiel am Sonntagmorgen stattfinden konnten. Meiner Meinung nach herrscht zu diesem Thema starker Diskussions- und vor allem Klärungsbedarf. Nicht nur im Vorfeld von Zeltlagern oder Bildungsmaßnahmen, sondern auch im Zuge der formellen Willensbildung des Verbandes. Ein »weiter so wie bisher« entspricht nicht der Lebensrealität junger Menschen. Weder innerhalb des Verbandes, noch außerhalb davon. Und in den nächsten Jahren wird auch auf Gesetzesebene einiges in Bewegung kommen. Diese Entwicklung sollten wir nicht verschlafen, sondern vielmehr fundiert begleiten können. ★

Max Lüneburg, OV Münster



Die Ergebnisse des Drogenpolitischen Seminars

Michael Pütz

Check die Lage auf dem Platz!

Ein Überblick über die Platzstruktur beim IFM-Camp

Wohnen

Schlafen werden wir in Zelten – logisch! Und den Namen für Euer Zelt könnt Ihr natürlich wie immer selbst bestimmen. Damit aber auf einem Platz mit rund 3.000 Menschen jede*r abends den Weg in den Schlafsack findet, gibt es eine Aufbaustruktur: In der Regel bilden eine internationale und eine Falkengliederung ein gemeinsames Dorf. Dort stehen Eure Schlafzelte. Jedes Dorf bekommt ein Symbol, das man sich leicht merken kann. Da in jeder Stadt acht Dörfer stehen, gibt es acht verschiedene Dorf-Symbole: Faust, Stern, Megaphon, Buch, Nelke, Friedenszeichen, Einhorn und Lagerfeuer. Da es insgesamt fünf Städte gibt, bekommen sie unterschiedliche Farben, nämlich: Rot, Blau, Orange, Lila, Pink. (Grün gibt es nicht, weil manche Leute Rot und Grün schlecht auseinanderhalten können, wenn sie dicht nebeneinander aufgemalt sind.) Eure Gliederung wohnt dann zum Beispiel im orangenen Buch (also das Dorf »Buch« in der Stadt »Orange«) und so findet Ihr Euer Dorf immer wieder oder könnt danach fragen. In jeder Stadt wird es ein eigenes Café geben, in dem Erfrischungen verkauft werden.

Es gibt eine große Bühne, auf der große Veranstaltungen mit allen, wie das Bergfest stattfinden.

Sonstige Bedürfnisse

Natürlich gibt es ausreichend Duschen und Toiletten für alle auf dem Platz in erreichbarer Nähe. Dort, wo der Weg sehr weit zu den festen Sanitäreinrichtungen ist, stehen Toilettenwagen oder Dixis.



Unterwegs im Camp

Die Straßen und Wege werden benannt nach linken Persönlichkeiten. Die müssen nicht unbedingt berühmt sein, sondern mit kleinen Erklärungen zu den Namen können wir hier auch noch unbekannte Menschen kennen lernen, die etwas für unsere Bewegung getan oder erdacht haben.

Youth Area

In der Youth Area werdet ihr Folgendes finden:

- Zwei Kneipen- und Kleinkunst-Zelte: Hier gibt es tagsüber und abends warme und kalte Getränke und Snacks, Lesefutter, Chillecken und außerdem können hier Lesungen, Slam Poetry und Theaterstücke stattfinden. In einer der beiden Kneipen wird ab 22 Uhr auch Bier, Sekt und Wein ausgeschenkt werden.
- Ein Clubzelt: Jeden zweiten Tag wird hier abends aufgelegt.
- Zwei D.I.Y.-Zelte: Hier könnt Ihr eigene Workshops anbieten und Euch zu Diskussionsrunden treffen, die sich spontan ergeben. Dafür gibt's auch Material.
- Eine Bühne: Hier finden unregelmäßig großartige Konzerte von Bands und Künstler*innen statt.

Kopfrocken

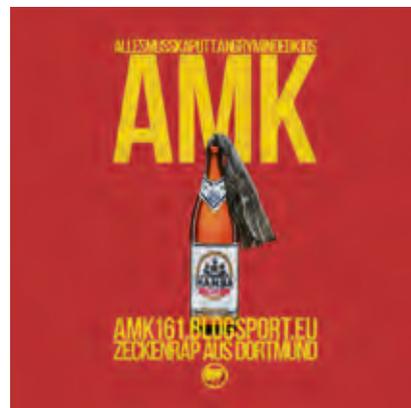
Es wird eine Workshop-Area mit acht Themenzelten mit abwechslungsreichem Programm geben. Die Themenzelte sind: Demokratie, Frieden, Queer, Kooperation, Sozialismus, AntiRa & AntiFa, Frauen- und Mädchen, Kinderrechte

Bands beim IFM Camp

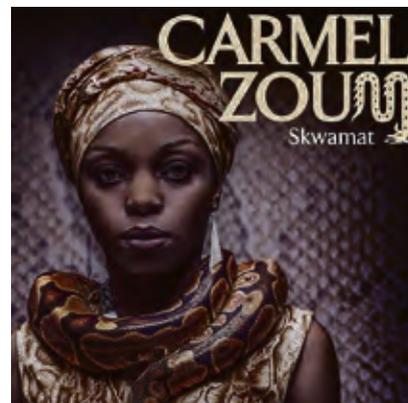
Ein Potpurri aller Genres oder auch: Gitarre, Dancehall, utz utz utz

Noch stehen nicht alle Highlights des Camps fest, aber viele Bands haben schon zugesagt und hier stellen wir euch einige davon vor:

AMK: Zeckenrap aus Dortmund! Drei Typen aus der Nordstadt erklären euch die Lage, was Antifa, Bullen und Hansa Pils betrifft. Wer in letzter Zeit eine Demo besucht hat, hat sie mit hoher Wahrscheinlichkeit schon gehört. Wofür AMK steht? Laut erstem Album: Arbeit mein Kryptonit.



Carmel Zoom: Sängerin und MC; Feminismus, Anarchie und Anti-Kapitalismus; Dancehall, Drum'n'Base, Electro. Carmel Zoom hat im vergangenen Jahr ihr erstes Album beim Label Springstoff an den Start gebracht. Beim Bergfest wird definitiv heftig getanzt werden!



Relate: Relate aus Gelsenkirchen spielen feinsten Hybridrock und werden die Bühne zum Kochen bringen. Absolute Pflicht für alle, die erst abgehen können, wenn laute Gitarren im Spiel sind!



Luna & Lewis: Das Duo aus Mannheim macht »Jazzy Electropop«. Im Mittelpunkt stehen eine Gitarre und ein Kontrabass, untermalt von wunderschönem Gesang, der für Gänsehaut sorgt und zum Träumen von einer besseren Welt anregt...



Strom & Wasser feat. The Refugees: Die Liedermacher Strom & Wasser machen Weltmusik mit Geflüchteten, die sie in vielen verschiedenen Flüchtlingswohnheimen kennen gelernt haben. Viele von ihnen waren in ihrer Heimat sehr bekannt. Sie haben ein gemeinsames Album aufgenommen. Was dabei heraus gekommen ist, konnten manche schon auf der Bundeskonferenz im Hamburg probieren.

To be continued ...